

Stellungnahme

September 2024

Eckpunktepapier zur Fortentwicklung der Industriernetzentgelte im Elektrizitätsbereich

Das von der Bundesnetzagentur veröffentlichte Eckpunktepapier hat eine wichtige Debatte initiiert, um in einem auf erneuerbaren Energien aufbauenden Stromsystem ein systemdienliches Verbrauchsverhalten der Industrie anzureizen. Bei dieser Debatte sind die für eine zukunftsfähige sowie nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft unverzichtbaren Rechenzentren zu berücksichtigen.

Rechenzentren sind je nach Funktion und Geschäftsmodell gar nicht bis sehr eingeschränkt flexibel. Viele digitale Dienste und auch Telekommunikationsnetze müssen jederzeit verfügbar sein und können nicht flexibel hoch- und runtergefahren werden. Wenn jemand eine Webseite aufruft oder auf eine Datei in der Cloud zugreifen möchte, kann dies nicht warten, bis es Überkapazitäten im Stromnetz gibt. Dies gilt insbesondere für kritische Infrastrukturen wie z. B. Krankenhäuser, Verkehrswesen, Finanzdienstleister etc., die auf eine kontinuierliche Datenverfügbarkeit angewiesen sind. Auch für das smarte Stromsystem der Zukunft selbst sind rund um die Uhr digitale Infrastrukturen „im Einsatz“.

Eine Abschaffung des sogenannten „Bandlastprivilegs“ wird also zu einer Erhöhung der Netzentgelte für digitale Infrastrukturen führen, ohne dass diese gegensteuern können. Die hohen Energiepreise sind jedoch bereits heute einer der relevantesten negativen Standortfaktoren für Rechenzentren in Deutschland. Eine noch höhere Belastung würde zu einer weiteren substantziellen Schädigung des Standortes im internationalen Wettbewerb führen. Der Wunsch nach digitaler Souveränität und einer Führungsposition als Digital- und KI-Standort (siehe Wachstumsinitiative der Bundesregierung) rücken so in weite Ferne.

Es erfordert eine Regelung für digitale Infrastrukturen, die sich nicht flexibel verhalten können, oder eine ohnehin sinnvolle Entlastung an anderer Stelle. Die Stromsteuersenkung für das produzierende Gewerbe sollte daher auf IKT-Unternehmen ausgeweitet werden. Dies könnte mit einem klaren Bezug auf den Stromverbrauch der digitalen Infrastruktur (Rechenzentren, Telekommunikationsnetze) erfolgen. Der Stromverbrauch für den Netzbetrieb und Betrieb von Rechenzentren kann von Stromverbräuchen im Querschnitt, wie z. B. die Stromversorgung von Gebäuden, technisch separiert werden. Auf diese Weise ist eine gezielte Entlastung für IKT-Unternehmen möglich. Hierfür braucht es eine klare Definition und Abgrenzung der Branche, um in den Kreis der förderberechtigten Branchen aufgenommen werden zu können. Dieser Prozess muss durch die Bundesregierung auf europäischer Ebene angestoßen werden.

Zusätzlich wäre im Kontext der Systemdienlichkeit eine Anpassung des Energieeffizienzgesetzes sinnvoll. Nach diesem können Rechenzentren grundsätzlich nur dort gebaut werden, wo Wärmenetze geplant oder vorhanden sind. In Gebieten mit einer

Herausgeber

Bitkom e.V.
Albrechtstr. 10 | 10117 Berlin

Ansprechpartner

Kilian Wagner
Referent für nachhaltige digitale
Infrastrukturen
T 030 27576-285
k.wagner@bitkom.org

Verantwortliches Bitkom-Gremium

AK Rechenzentren

Copyright

Bitkom 2024

hohen erneuerbaren Stromerzeugung ist dies jedoch häufig nicht der Fall. So können sie sich in vielen Fällen nicht in Gebieten mit hoher erneuerbarer Stromerzeugung ansiedeln. Es muss also im Einzelfall abgewägt werden, welcher Standort aus Sicht der Nachhaltigkeit am sinnvollsten ist.

Rechenzentren könnten flexibel in den Inselbetrieb übergehen und mithilfe von Netzesatzanlagen – derzeit in der Regel dieselbetriebene Notstromgeneratoren – gezielt ihre Lasten vom Stromnetz nehmen, um dieses zu entlasten. Dieses Vorhaben ist technisch möglich, wird jedoch durch das Immissionsschutzgesetz verhindert. Es bräuchte daher Anpassungen, um für diese Fälle längere Laufzeiten der Generatoren zu ermöglichen. Dies würde systemische Kosten einsparen, da die Anfahrkurve von Gaskraftwerken punktuell deutlich mehr Energie verbraucht als die Dieselsysteme. Durch die Möglichkeit, ohne eine erneute immissionsschutzrechtliche Genehmigung, auf nachhaltigere Kraftstoffe umzusteigen, könnte man die Nachhaltigkeit weiter optimieren.

Für weitere Diskussionen über ein netzdienliches Verhalten von Rechenzentren, beispielsweise durch Einspeisung oder eine geografische Lastverschiebung, stehen wir zur Verfügung.